



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 291-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.431

Eingereicht am: 08.12.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Lerch (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)
Bauer (Wabern, SP)
von Bergen (Uetendorf, EVP)
de Meuron (Thun, Grüne)
Flück (Interlaken, FDP)
Grädel (Schwarzenbach BE/Huttwil, EDU)
Jost-Morandi (Herzogenbuchsee, GLP)
Mühlemann (Grasswil, Die Mitte)

Weitere Unterschriften: 2

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Alterspolitik im Kanton Bern nach Corona – quo vadis?

Die Corona-Pandemie war für die ältere Bevölkerung besonders schwierig und belastend. Dies gilt sowohl für Personen, die zu Hause wohnen, als auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeinstitutionen. Die Pandemie hat möglicherweise bei vielen Seniorinnen und Senioren ein Umdenken ausgelöst im Hinblick darauf, in welchem Umfeld und in welcher Wohnform sie inskünftig ihr Leben gestalten möchten. Aus diesen Gründen wäre es aufschlussreich, eine Erhebung hinsichtlich dieser möglicherweise tiefgreifend veränderten Bedürfnisse durchzuführen. Sollten solche Erkenntnisse schon erhärtet vorliegen, könnten diese direkt in einen zweckmässigerweise zu aktualisierenden Bericht zur Alterspolitik bzw. in eine Kantonale Altersstrategie einfließen.

In den Verwaltungskreisen Oberaargau und Seeland sind in den letzten Jahren vom Kanton unterstützte Altersforen als Pilotprojekte entstanden, die nach Rückmeldungen aller Beteiligten sehr nützlich und hilfreich sind. Sie vernetzen alle regionalen Akteure im Altersbereich. Nach diesen positiven Erfahrungen stellt sich – auch gestützt auf die Erkenntnisse aus der Pandemie – die berechnete Frage, ob nicht solche vom Kanton unterstützte Foren in allen Verwaltungskreisen als flächendeckende Plattformen für Altersfragen implementiert werden sollten.

Der Regierungsrat wird deshalb um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass es in der Alterspolitik des Kantons Bern nach den insbesondere für die ältere Generation schwierigen Corona-Jahren eine Neubeurteilung braucht?

2. Ist der Regierungsrat bereit, die aktuellen Bedürfnisse der älteren Bevölkerung auf geeignete Weise unter Einbezug aller Akteure (stationäre und ambulante Pflegeinstitutionen, Interessengruppen, Altersorganisationen, Ausbildungsinstitutionen, Wissenschaft) zu erheben?
3. Ist der Regierungsrat bereit, gestützt auf die Erhebungen gemäss Ziffer 2, die Erkenntnisse in den voraussichtlich zu revidierenden Bericht zur Alterspolitik bzw. in eine zu erlassende Kantonale Altersstrategie einfliessen zu lassen?
4. Wie soll es mit den Altersforen, die teilweise in den Regionen (Oberaargau und Seeland) als für alle Beteiligten sehr nützliche und sinnvolle Pilotprojekte installiert wurden, weitergehen? Ist der Regierungsrat bereit, diese zeitnah flächendeckend kantonsweit zu initialisieren und zu unterstützen?

Verteiler

- Grosser Rat